

Positionspapier

«Leben von der Musik nach der Pandemie? Es braucht jetzt grundlegende Reformen!»

Die Auswirkungen und Massnahmen der Pandemie der Jahre 2020 - 2022 haben deutlich gemacht:

- Musikschaffende (und Kulturschaffende allgemein) sind in Krisenzeiten im Vergleich zu anderen Branchen deutlich benachteiligt. Solche Krisenzeiten können existenzbedrohend sein und zur Aufgabe des Berufs führen.
- Die Reduktion von Auftrittsmöglichkeiten (Konzerte) haben das Potential, Druck auf Abgeltungen (Löhne, Gagen etc.) auszuüben, führen aber auch zu einem Rückgang anderer Einnahmequellen (z.B. Tantiemen).
- Die Rückgewinnung des Publikums ist nicht einfach: Zwar scheinen mittlerweile die Besucher*innenzahlen bei Veranstaltungen aller Sparten wieder zugenommen zu haben. Es ist aber nach wie vor vielerorts Zurückhaltung zu spüren (Konzerte, Festivals, Clubs). Neben der immer noch verbreiteten Sorge vor Ansteckung dürften vor allem auch die Effekte der verstärkten Nutzung von Streaming- und anderer medialer Unterhaltungsangebote eine Rolle spielen. Der Konkurrenzdruck auf Live-Veranstaltungen hat sich dadurch nochmals verschärft. Es ist nicht auszuschliessen, dass manche Publikumssegmente definitiv wegbleiben.
- Der in vielen Kantonen und Kommunen angesetzte Sparkurs in den Kulturförderungsausgaben – auch losgelöst von der Krise – führt zu weiteren Spannungen und Verteilungskämpfen zwischen Institutionen und der sogenannten Freien Szene. Vielerorts werden Stimmen nach einer zeitgemässeren Förderung laut.
- Die verstärkte Zusammenarbeit und das gemeinsame Vorgehen auf allen Ebenen der Politik und der öffentlichen Verwaltung während der Pandemie hat die gesamte Kulturbranche gestärkt. Darauf lässt sich weiter aufbauen.

Gestützt auf diese Erfahrungen ergeben sich für SONART **7 konkrete Handlungsfelder**. Eine den beruflichen Gegebenheiten angepasste und damit zeitgemässe Sozialpolitik sowie faire Abgeltungen sind dabei zentral dafür, dass Musik als Beruf ausgeübt und die kulturelle Vielfalt erhalten werden kann.

1. Soziale Sicherheit

Die Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, wie unzureichend und lückenhaft Kulturschaffende sozial abgesichert sind. Damit sie auch ausserhalb von Krisenzeiten besser geschützt sind, braucht es weitreichende Anpassungen und Erneuerungen im Sozialversicherungssystem. Den politischen Aufwind gilt es weiter zu nutzen, mit verstärkter Lobbyarbeit auf allen Ebenen. Es braucht insbesondere:

- einen besseren Schutz für Selbstständigerwerbende bei Lohnausfall (infolge Krankheit/Unfall und Erwerbsausfall); sowie
- existenzsichernde Renten durch entsprechende Anpassungen in der 1. wie in der 2. Säule.

Neben der politischen Arbeit will SONART aber auch durch Wissensvermittlung (Workshops) und Beratungsangebote die Mitglieder sensibilisieren und unterstützen.

Begründung: Die Pandemie hat die weit verbreiteten hybriden Erwerbsformen von Kulturschaffenden für Öffentlichkeit und Politik sichtbar gemacht. Die Absicherung solcher hybrider Erwerbsformen ist komplex. Die staatlichen Systeme der Absicherung von Risiken (Erwerbsausfall bei Unfällen und Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter) sind grossmehrheitlich immer noch darauf ausgerichtet, dass Personen zu 100% festangestellt sind oder selbständige Unternehmen selbst in der Verantwortung stehen, sich ausreichend abzusichern. Für SONART – auch in Zusammenarbeit mit seinen Partner*innen und Dachverbänden wie bspw. Suisseculture Sociale, Suisseculture, Schweizer Musikrat oder die Taskforce Culture – gibt es hier noch viel zu tun.

2. Berufslaufbahn

Beginnende Berufslaufbahnen junger Musiker*innen sind durch gezielte Unterstützungsangebote stärker zu fördern. Unabhängig von Ausbildung und musikalischer Tätigkeit ist der Einstieg in das Berufsleben besonders schwer. Durch bessere berufsvorbereitende und -begleitende Massnahmen der Bildungsinstitutionen müssen einerseits die Musiker*innen schon in der Ausbildung konkret auf die Berufswelt vorbereitet werden. Andererseits sind entsprechende Fördermassnahmen im Sinne einer Start-Up Förderung zu ergreifen, welche nach der Ausbildung den kontinuierlichen Einstieg in die Berufswelt erleichtern.

Begründung: Das Schweizer Bildungswesen investiert zu Recht viel in die qualitativ hohe Ausbildung in Musikberufen. Angehende Berufsmusiker*innen werden aber nach Abschluss «ins kalte Wasser geworfen» oder oftmals zu wenig auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Speziell für Musikschafter ohne feste Anstellung sind die Einnahmemöglichkeiten anfangs beschränkt. Es braucht entsprechende Förderkonzepte, die den künstlerischen Einstieg ins Berufsleben besser unterstützen.

3. Gagen / Honorare

SONART will sich verstärkt für bessere Abgeltungen (Gagen, Honorare,) in allen Sparten (Klassik, Jazz, Pop/Rock, Film- und Medienmusik) einsetzen, im Sinne von allgemein geltenden Honorar-Richtlinien.

Begründung: Gagen und Honorare in den einzelnen Musiksparten können sehr unterschiedlich ausfallen, was nicht zuletzt auf historische Entwicklungen zurückzuführen ist. Diese Unterschiede sind heute grundsätzlich nicht mehr zeitgemäss. Ausgangspunkt für die Honorar-Richtlinien muss der Umstand sein, dass es sich bei einer Tätigkeit um professionelles Muskschaffen handelt, unabhängig von der Musiksparte (Harmonisierung). Die Richtlinie soll als Empfehlung für Förderinstitutionen und Veranstaltende in allen Musiksparten (inkl. Film-Video-Multimedia) dienen.

4. Streaming / Urheber- & Leistungsschutzrechte

SONART will sich mit Parter*innen dafür einsetzen, dass die Sichtbarkeit von Schweizer Musik auf (global tätigen) Streaming-Plattformen verbessert wird. Der Anteil von Schweizer Musik aus allen Landesteilen insbesondere auf von den Unternehmen kuratierten Playlists muss erhöht werden.

Eine wichtige Rolle für die Einnahmen von Muskschaffenden spielen die Verwertungsgesellschaften (z.B. SUISA sowie SWISSPERFORM). SONART setzt sich gemeinsam mit ihnen dafür ein, Angriffe auf das bestehende Urheberrecht im Parlament abzuwehren.

Begründung: Die Digitalisierung pflügt seit vielen Jahren weltweit die Musiklandschaft um. Streaming wird als Einnahmequelle immer wichtiger. Streaming-Plattformen wie beispielsweise Spotify geniessen eine enorme Marktmacht, setzen viel Geld im Schweizer Markt um, ohne sich dabei durch entsprechende Investitionen und Innovationen für das vielfältige Muskschaffen aus der Schweiz einzusetzen. Es stellen sich darüber hinaus ganz grundsätzliche Fragen der Verantwortung von (global tätigen) digitalen Plattformen und der fairen Vergütung von Musknutzungen.

5. Covid-19 Unterstützungsmassnahmen

Es soll nach Möglichkeit angestrebt werden, wichtige und bewährte Unterstützungsmassnahmen (z.B. Nothilfe für Kulturschaffende, Beiträge für Transformationsprojekte) ins Jahr 2023 hinaus zu verlängern. Sollten zudem im Herbst 2022 aufgrund einer sich erneut zuspitzenden epidemiologischen Lage von den Behörden wieder Einschränkungen verfügt werden, sind Ausfallentschädigungen und Corona-Erwerbsersatz für Selbstständigerwerbende erneut auszurichten (beide Unterstützungsmassnahmen werden Mitte 2022 eingestellt).

Begründung: Ende 2022 laufen alle Unterstützungsmassnahmen aus. Derzeit ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die Nachwirkungen der Epidemie auch in der ersten Jahreshälfte 2023 noch spürbar sein werden. Dies deshalb, weil im Kultursektor viele Projekte,

Konzertserien, Festivals etc. einen Planungshorizont von 1-3 Jahren haben und damit nicht einfach auf volle Aktivität geschaltet werden kann. Dabei sind beispielsweise die Kriterien für Transformationsprojekte so anzupassen, dass auch Kulturschaffende einen guten Zugang erhalten.

6. Nationale Kulturpolitik

Der Bund ist – mit wenigen Ausnahmen – nur subsidiär für die Kultur zuständig, da die Kulturhoheit grundsätzlich bei den Kantonen liegt. Im Zusammenhang mit den Covid-19 Ausfallentschädigungen hat er aber eng mit den Kantonen und auch den Kulturverbänden zusammengearbeitet und eine starke koordinierende Rolle eingenommen. SONART befürwortet eine Stärkung der Kulturpolitik auf nationaler Ebene (etwa via Kulturbotschaft).

Begründung: Mit einer aktiven Bundespolitik im Kulturbereich (auch durch die Erhöhung des Kulturbudgets) sollen insbesondere Impulse für die Kulturpolitik der Kantone und Gemeinden gegeben werden. Zentrale Fragen können zudem auf Bundesebene nur departements- und ämterübergreifend gelöst werden (Schnittstellen: Bildung / Kultur, Sozialversicherungen / Kultur, Wirtschaft / Kultur). Beispielsweise ist wünschenswert, dass der Bund im Bereich der Förderung der musikalischen Bildung von Kindern und Jugendlichen (Art. 67a BV) verstärkt Einfluss auf die Kantone nimmt. Die Bundesverfassung berechtigt den Bund, hier einzugreifen, wenn Kantone untätig sind.

7. Regionale Kulturpolitik

SONART setzt sich für eine verstärkte und harmonisierte Kulturpolitik der Kantone, der Agglomerationen und Gemeinden ein. Auf diesen politischen Ebenen finden die wichtigsten Impulse für das Kultur- und Musikleben der Schweiz statt.

Die Kulturmittel sind dabei verhältnismässig den institutionell Veranstaltenden und der Freien Szene zuzuteilen. Zentrale Aspekte sind die lohnmässig verlässliche Absicherung der Musik- und Kulturschaffenden, die Einhaltung von Qualitäts- und Sozialstandards über den ganzen Förderbereich sowie ein ausreichendes Infrastrukturangebot. In diesem Sinne will SONART vermehrt auf die kantonalen Bildungs- und Kulturdirektionen, die Konferenz der Kulturämter sowie die Kulturabteilungen von Gemeinden zugehen.

Begründung: Rund 90% der öffentlichen Ausgaben für Kultur werden von Kantonen, Gemeinden und Städten getragen. Ihnen kommt deshalb Vorbildfunktion zu, was die Wertschätzung und die gesellschaftliche Anerkennung des Musikschaftens betrifft. Die Kulturpolitiken (vor allem die projektbezogenen Fördermittel, die Berücksichtigung von Honorarrichtlinien) sind jedoch von Kanton zu Kanton, von Gemeinde zu Gemeinde verschieden. Das führt dazu, dass die Förderbedingungen je nach Wohnsitz sehr unterschiedlich sind, was zur Verzerrung von Marktbedingungen und zu Benachteiligungen in gewissen Regionen führen kann.

Positionspapier verabschiedet vom SONART-Vorstand am 23. Mai 2022